

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1914
Korrespondent: Amt Norden 2893 und 2896

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1914
Korrespondent: Amt Norden 11007 und 11008

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrags der Volkszeitung für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Inserate kosten die Nebenspalten 20 Pfennig, die übrigen 15 Pfennig, (abes weitere 10 Pfennig). Die dreispaltige Reklametzelle 3 M., Teuerungszuschlag 20 %. Bei Familienanzeigen, Bestimmungszwecken von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Montag, den 30. Dezember 1918

Nummer 81

Nach dem Regierungswechsel.

Erklärung!

Die „Freiheit“ verleiht in ihrer heutigen Morgenausgabe den Leitartikel mit der Überschrift „Die Hinausdrängung der Unabhängigen“. Diese Charakterisierung des Austritts der Unabhängigen ist völlig unzutreffend und widerspricht den Tatsachen. Die Unabhängigen sind von keiner Seite hinausgedrängt worden. Es trat vielmehr im Zentralrat deutlich die Absicht hervor, sie im Kabinett zur Mitarbeit festzuhalten. Sie haben jedoch aus eigener Initiative das Kabinett verlassen, als ihre Ueberzeugungstreue und ihr Pflichtgefühl gegenüber dem revolutionären Proletariat diesen Schritt erforderte. Ihr Entschluß reifte in ihnen bereits vor dem Blutbad, als es immer deutlicher wurde, daß die Mehrheitssozialisten die alte militärische Gewalt festhalten, um sich selbst auf sie zu stützen, und es wurde befohlen, daß der Zentralrat die Mehrheitssozialisten im Kabinett bediene, trotzdem ihr Anteil an den blutigen Vorgängen festgestellt worden war.

Berlin, den 30. Dezember 1918.
Gasse, Dittmann, Barth.

Wir können dazu nur bemerken, daß wir die sachlichen Ausführungen dieser Erklärung durchaus teilen und bedauern, daß im Drange der letzten Minuten eine Ueberschrift gewählt wurde, die vielleicht zu Mißverständnissen Anlaß geben kann.

Waffen unter dem Standrecht.

Waffen, 30. Dezember. Am 29. Dezember ist folgende, von den deutschen und polnischen Behörden unterzeichnete Bekanntmachung angehängt worden: Ueber die Stadt Wofen ist bis auf weiteres vom heutigen Tage ab das Standrecht verhängt. Alle Zivilpersonen dürfen nach 5 Uhr abends die Wohnung nicht verlassen, mit Ausnahme von Mitgliedern des Volksgesundheitsrates, der Sanitätspersonen und der Polizeibeamten. Das Versammlungswesen ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle bisher ausgestellten Waffenscheine sind ungültig. Alle Offiziere sind sofort zu entwaffnen und haben ihre Rangabzeichen abzulegen. Alle Mannschaften, sofern sie nicht zum Wach- und Sicherheitsdienst gehören, haben unbewaffnet in der Stadt zu erscheinen. Die Offiziere, sofern sie nicht unbedingt in der Garnison benötigt werden, haben sofort die Stadt zu verlassen. Offiziere, die zwecks Durchführung der Demobilisation in der Stadt verbleiben müssen, haben sich sofort mit neuen Ausweisen zu versehen. Ruwiderrhandeln werden vor das Standgericht gestellt und nach Kriegsrecht bestraft. Umzüge und Menschenansammlungen sowie Theater- und Kinovorstellungen sind vorläufig untersagt.

In einem von dem neuen Stadtkommandanten Macoszek unterzeichneten Befehl wird erklärt, daß die öffentlichen Gebäude bis auf weiteres von dem polnischen Wach- und Sicherheitsdienst besetzt bleiben.

In der Stadt herrscht wieder Ruhe. Die Straßenbahn verkehrt wieder. Die Linien gehen regelmäßig ab. Der Postbetrieb, der zunächst unterbrochen war, soll wieder ungehindert weiter gehen. Dagegen ist der Telegramm- und Fernsprechverkehr noch vollständig eingestellt.

Die Streiks in Oberschlesien.

W. Z. B. meldet aus Opole, daß der Streik in Oberschlesien am 1. J. 1919. Den 83 Steinkohlengruben streikten am 29. Dezember bereits 12. — Die „Woz. Jg.“ läßt sich aus Katowitz das folgende berichten. Es sollen neue schwere Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten vorzukommen sein. Die Schuld an der Unglücksbegehung sucht man zum Teil in dem Verhalten der höheren und mittleren Beamten, von denen die „Woz. Jg.“ sagt, daß sie aus der Revolution noch nicht gelernt hätten und „positive Resultate“ hätten. — Aus Breslau ist es dieses Blatt melden, daß militärische Verhaftungen nach Oberschlesien bereits unterwegs seien. — Der Volksbeauftragte Landberg und der preussische Minister des Innern Sirch sind nach Oberschlesien abgereist.

Die „Freiheit“ hat wiederholt nachgewiesen, mit welchen strapaziösen Verleumdungen die bürgerliche Presse, der „Vorwärts“ natürlich an der Spitze, gegen die Revolution und ihre Vorkämpfer arbeitet. Erst gestern noch haben wir den „Vorwärts“-Schwundel über die angeblichen englischen Befehle zur Versenkung deutscher Schiffe mit roter Flagge festgenagelt, einen Schwundel, der mit zur systematischen Lügen- und Propaganda gegen die Entente gehört, deren eigentlicher Zweck recht durchsichtig ist. Dieser Presseschwundel stimmt mit jedem Tage allgemeiner verbreiteter Formen an. Die Presse wimmelt von Verleumdungen des alten verruchten Kriegespießes, von imperialistischen und nationalistischen Tiraden, von offener Auslehnung gegen die Revolution und gemeingefährlicher Propagierung der Ententemächte. Dieselbe Presse, die mitschuldig war am Ausbruch des Krieges wie an seiner Grausamkeit und Dauer, dieselbe Presse ist es heute, die das Proletariat und die Entente gegeneinander hetzt, den Mittelstand gegen die Arbeiter aufwehlet, die ganze, um ihr Geld bangende Bourgeoisie gegen die ehrlichen und überzeugten Vorkämpfer der Revolution.

Der lägliche Presseschwundel.

Sehen diesen systematischen Lügenfeldzug gilt es mehr als bisher anzukämpfen. Da uns der amtliche Apparat zur Nachprüfung fehlt, läßt sich nicht Schlag auf Schlag arbeiten. Das, was hier zu leisten ist, wäre im Grunde die Aufgabe der Regierung gewesen. Aber Scheidemann, der für die Presse verantwortliche Volksbeauftragte, hat bis zum heutigen Tage auch auf diesem Gebiete nichts getan, um der schamlosen Korruption ein Ende zu bereiten. Es wird noch immer gelogen wie unter dem alten Regime und genau wie damals weist die Organisierung der Lügen ohne jeden Zweifel auf amtliche Persönlichkeiten. Noch immer werden die Presseabteilungen der Reichsbehörden von den Raketen, Spitzeln, Bombenwerfern und Agenturen des alten Regimes bedient. Noch immer werden die vor alten Regime bestohlenen Zeitungen zur Lancierung von Lügen gebraucht.

Unter diesen Umständen wird es zur Pflicht der Organe der Unabhängigen Sozialdemokratie, das Werk der Reinigung auf eigene Faust in Angriff zu nehmen. Wir wollen, nach Möglichkeit täglich, die laffischen Verleumdungen der Presseschwundel und der Pressekorruption herauswischen und rechnen hierbei auf die Zustimmung und Mitwirkung aller Elemente, die in diesem Kampfe eine wertvolle Aufgabe der Revolution erblicken.

Für heute sei folgender Presseschwundel aufgedeckt: Die französische Funktionärin von Juchert sich über solche Nachrichten des W. Z. B. und der „Woz. Jg.“ läßt sich über das Auftreten der Franzosen in den besetzten Gebieten in einem aus Straßburg datierten Funkpruch folgendermaßen:

„Eine durch zahlreiche deutsche Zeitungen wiedergegebene Depesche der Wozischen Telegraphen-Agentur behauptet, daß die im Elsch zurückgebliebenen Deutschen die Opfer schlechter Behandlung seitens der französischen Behörden geworden seien. Insbesondere verweise das Telegraphen-Bureau, daß zahlreiche junge Deutsche den ihnen Familienfortransportiert seien nach Belgien und Nordfrankreich, um dort Zwangsarbeiten zu verrichten. Alle diese Behauptungen sind durchaus un wahr. Die ausgetriebenen Deutschen, welche man über den Rhein schickte, sind zum mindesten nicht belästigt worden. Kein einziger Deutscher ist nach Spanien oder Frankreich geschickt worden. Die französischen Behörden haben sich damit begnügt, den Wünschen der elschischen Bevölkerung entsprechend, einige wenige Deutsche zu verhaften und festzusetzen, die für durch ihren Tag gegenüber der elschischen Bevölkerung während des Krieges besonders hervorgetan hatten, so z. B. Beamte welche den Ausnahmegerichtshöfen angehört hatten, an ihrer Spitze der Richter Lion, der als Präsident des außerordentlichen Kriegsrats tausende Elschier mit Gefängnisstrafen und Zwangsarbeiten belegte hatte, welche wegen deutlicheindlicher Gesinnung anerkant waren.“

Feste Grenzen.

Wenn die gestrigen Demonstrationen eines bewiesen haben, so das, wie un nützlich und frivol das Blübergiechen am Weihnachtstag gewesen ist. Hunderttausende füllten gestern die Straßen, Anhänger verschiedener Parteien, die sich bestig bekämpften. Die politische Erregung war durch die Regierungskrisis gesteigert. Trotzdem ist es zu keinem der gefährlichen Zwischenfälle gekommen. Der Tag verlief ruhiger als mancher andere.

Wir sind überzeugt, daß bei einiger Vorsicht, Besonnenheit und gutem Willen auch früher Blübergiechen hätte vermieden werden können. Aber diese Eigenschaften mangelten den rechtssozialistischen Vertretern in der Regierung und so kam es zu der Katastrophe am Weihnachtstag.

Daß Sozialisten keinen Moment lang die Verantwortung für die Herbeiführung des Blutbades tragen können, dessen waren sich die rechtssozialistischen Vertreter deutlich bewußt. Das beweist, daß es einen Moment gab, in dem sie selbst unsere Genossen es anheimstellten, allein die Regierung zu übernehmen. Wenn unsere Genossen das nicht tun konnten, so deshalb, weil im Zentralrat keine unabhängigen Vertreter saßen. Die Abstimmungsaktion, zu der sich unsere Fraktion auf dem Kätekongress verführen ließ, stellt sich immer mehr als ein schwerer politischer Fehler heraus. Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß die Gefahren, die der Austritt unserer Freunde für die sozialistische Sache bedeutet, hätten vermieden werden können, daß den Ehret und Genossen ihr Erfolg nicht geworden wäre, wenn unsere Genossen im Zentralrat vertreten gewesen wären.

Die Rechtssozialisten suchen jetzt den Sachverhalt zu verwickeln. Sie reden kaum mehr von den entscheidenden Fragen. Von den blutigen Ereignissen suchen sie die Aufmerksamkeit abzulenken auf die Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Und wie sich gestern die bürgerlichen Demonstranten mit den übrigen vereint haben, so unterstützt sie heute die gesamte bürgerliche Presse.

Die Annäherung zwischen ihnen und der Bourgeoisie ist bereits im Gange. Und die Rechtssozialisten scheinen gewillt, diese Entwicklung zu fördern. Der Hauptpunkt ihres Regierungsprogramms: Sicherheit und Ordnung acht allem, was bürgerlich ist, ein wie Souveränität. Als die wahren Ordnungshüter stellt sich die neue Regierung vor. Und während Soalle im Schlusswort in sozialistischer Weise den Wunsch ausdrückte, es möge ihnen gelingen, die sozialistische Sache, die sie zu vertreten bedachten, zu fördern, eröffnen sie ihre neue Tätigkeit mit einer innerlich unvorgesehene Hebe gegen uns. Wir haben schon gestern hervorgehoben, daß Soalle die Anfrage des Zentralrates im Lauf der Debatten beantwortet hatte, beantwortet allerdings in echt sozialistischem Geiste. Es handelt sich nicht darum, ob die Sicherheit der Regierung gewahrt werden soll oder von jeder kleinen Gruppe, die zufällig über Waffen verfügt, in Frage gestellt werden kann. Das letztere haben wir stets abgelehnt. Aber wie es unserem Eingreifen stets gelungen ist, die Rollen von Unselbständigen durch Vermittlung aus der Welt zu schaffen, so lednen wir allerdings mit aller Entschiedenheit es ab, die alten Gewaltmethoden zur Anwendung zu bringen und sich an den Kriegsminister und die Generalität zu wenden, statt durch Verhandlungen zum Ziel zu kommen. Es ist eine Unehrlichkeit, es anders zu sagen.

Ebenso unehrlich ist es, uns mit dem Spartakusbund zu identifizieren. Von Anfang an haben unsere Freunde die politische Taktik des Spartakusbundes abgelehnt und sind von ihm in bestmöglicher Weise bekämpft worden. Die Zustände sind längst unhaltbar geworden. Der Spartakusbund hat unsere Organisation benutzt, und sie von innen heraus zu sprengen versucht. Er hat seine eigene Organisation, seine eigene Presse, seine eigene Politik, Gleichgültigkeit über aber keine eigenen Anhänger nicht unbedeutlichen Einfluss auf die Entscheidungen unserer Organisationen. Da* muß aufhören. Wir erwarten und

wünscht, daß die Reichskonferenz des Spartakusbundes endlich auch die formelle Trennung vollzieht, sonst würden wir selbst sie ungelächert durchführen.

Die Politik des Spartakusbundes erscheint uns nicht viel weniger verhängnisvoll für das künftige Schicksal der Revolution als die Politik der rechtssozialistischen Führer. Wir stehen auf dem theoretischen und tatsächlichen Boden, auf dem die alte Sozialdemokratie bis zum Kriege stand und den wir nie verlassen haben. Wir stehen auf dem Boden des Erfurter Programms, der Demokratie und der Rationalversammlung. Wir bekämpfen den Antiparlamentarismus und Terrorismus als Rückfälle in primitive Zustände. Wir lehnen dort, wo die Demokratie besteht, in der Politik jede Art von Gewaltanwendung ab, außer zum Zwecke der Abwehr von Gewalt.

Wir leben in der Wiederherstellung der Produktion, die, soweit es irgend möglich, auf sozialistische Grundlage zu legen ist, eine zwingende ökonomische Notwendigkeit. Im Streik, unter der Herrschaft des Proletariats bei höchstem Mangel an Produktion, sehen wir heute eine Schädigung der Gesamtheit überhaupt und der ärmeren Klassen insbesondere.

Außerhalb der jetzigen Regierung stehend, werden wir alles tun, sie vorwärts zu treiben, ihr Äoern und ihre Neigung zu Anschauungen und Methoden des alten Regimes zu überwinden. Unsere Kritik wird aber sachlich sein und an uns soll es nicht liegen, wenn die Einheit der proletarischen Kampffront gegenüber der bürgerlichen Welt nicht gewahrt wird. Ein noch größeres Verderben, als augenblicklich die Stilllegung der Produktion, wäre der Bürgerkrieg innerhalb des Proletariats. Jede Politik, die darauf hinausläuft, wird unseren entschiedensten Widerstand finden.

Nur auf den Boden dieser Anschauungen kann eine Politik geföhrt werden, die konsequent sozialistisch ist, die die Revolution bewahrt vor kapitalistischen Kompromissen mit dem Bürgertum auf der einen Seite, sie auf der anderen bewahrt vor den Gefahren, denen sie die Taktik des Spartakusbundes aussetzt. Gemäß einer Politik der Mitte und nicht der Extreme. Aber eine andere Politik ist nicht möglich, wo von den rechtssozialistischen Führern her die Gefahr einer Preisgabe der sozialistischen Errungenschaften und von links die Verletzung des Proletariats droht.

Schwerer als anderswo ist unsere Aufgabe. Wo die Einheit der Partei gewahrt wurde, in Frankreich wie in Oesterreich, dort hat heute das „marxistische Zentrum“ die unbestrittene Führung zum Segen der Partei. Die Spaltung in Deutschland hat die Extreme auf beiden Seiten außerordentlich gestärkt, die Politik des Marxismus gekündigt zum Schaden der Arbeiterklasse. Aber wir verlassen uns, wie stets, wie in den trübsten Tagen des Krieges, auf die geschichtliche Entwicklung der besten Momente. Der Tag wird kommen, wo auch das deutsche Proletariat erkennt, daß weder reformistische Handpolitik noch blanke politische Draufloschürmen zum Ziele führt. Dann ist unsere Stunde gekommen.

Briefstimmen.

Der Austritt der Unabhängigen aus dem Kabinett und die Übernahme der Regierung allein durch die Scheidemann-Partei gibt den Mätkern Gelegenheit zu manchen Ausführungen, die sehr gehalten zu werden verdienen.

So ist es nicht ohne Interesse, was die alldeutsche „Tägl. Rundschau“ über die Entziehung der Revolution schreibt:

Am 9. November waren die Unabhängigen die eigentlichen Träger der Revolution, die sie mit russischem Geiste und durch Landeserrat vorbereitet und mit Hilfe ihrer Anhänger in den großen Betrieben und erregter Soldaten durchgeführt hatten. Die Mehrheitssozialisten hatten gleichfalls die Revolution unter Benutzung des Prinzen Max von Baden und des Herikal-demokratischen Kabinetts vorbereitet, insbesondere durch die Stellung des Willkürs unter das Kommando der Zivilbehörden; aber die Neugierlichkeiten der Revolution, die Eroberung Berlins durch die meuernden Soldaten und die bewaffneten Arbeiter der großen Industriewerke war das Werk der Unabhängigen, so daß die Mehrheitssozialisten das geübte Werk als Erbschaft aus den Händen ihrer bisherigen erbittertesten Feinde entgegennehmen mußten. Unter diesen Umständen wagte es

Obert nicht, die ihm vom Prinzen Max von Baden übertragene Känglerchaft zu behalten, sondern suchte sich mit den Siegern des Tages zu verständigen und mit ihnen gemeinsam die gemaltam an sich gewaffnete Regierung zu führen.

Die „Tögl. Rtg.“ findet anerkennende Worte für das Wirken unserer Genossen in der bisherigen Reichsregierung:

„Nach Haase, Dittmann und Barth haben sich rechtliche Mähe gegeben, in aufopferungsvoller Weise so lange wie irgend möglich den Versuch mit der Zusammenarbeit zu machen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung während der ersten revolutionären Stürme überhaupt erst eine Entwirrung des Anhangschaos ermöglicht hat. Darin liegt das unbestreitbare Verdienst dieser Männer.“

Im allgemeinen begrüßen die bürgerlichen Mätker das neue Kabinett lebhaft, wie man es ja auch kaum anders erwarten kann. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, es habe sich durch die Abjüngung der Unabhängigen „aus einer deutschfeindlichen Umklammerung“ befreit. Das Blatt glaubt aber, die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung aus lauter Norddeutschen könne im Süden auf Widerspruch stoßen.

Eine besondere Rolle spielt in allen Begrüßungsartikeln der bürgerlichen Presse die Frage, ob die neue Regierung sich entschließen werde, zur Wiederherstellung der Opposition rechtslos militärische Maßnahmen anzuwenden. Die Mätker der Bourgeoisie wollen darin natürlich die einsige Rettung sehen. So schreibt beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung“:

„Mittel für eine Regierung sind aber nur zuverlässige, disziplinierte Truppen. Die kann die Regierung haben, wenn sie ihnen nicht durch die Zurückhaltung zur Wehrlosigkeit jeden inneren Halt raubt, wie das bisher geschehen ist, und wenn sie sie nicht jeder Verletzung und Aufspaltung preisgibt.“

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt, nachdem sie die Ausführungen der „Freiheit“ zitiert hat, in denen von dem Zentralrat an die Klassen appelliert wird:

„Mit diesen Leuten „ohne Säbel und Spieß“ auszukommen, wie Herr Obert meinte, wird nicht möglich sein. Woher aber wollen die Herren Obert und Scheidemann den Mut nehmen, ihnen wirksam entgegenzutreten, nachdem sie durch ihr bisheriges Handeln in den revolutionären Massen den Glauben gestärkt haben, daß ihnen doch nichts geschehen könne. Sieben Wochen haben die Herren Obert und Scheidemann über die Frage „Wie werde ich energisch“ fruchtlos nachgedacht; sollte ihnen nun plötzlich die Erleuchtung gekommen sein? Und wird es ihnen gelingen, Truppen zu gewinnen, die sich für sie aufopfern, nachdem sie die bisherigen Mannschaften so schände im Stich gelassen haben, und nachdem sie jetzt wieder vom Zentralrat gedrängt werden, den verhängnisvollen Beschluß des Kongresses der W. und S. Räte auf Abschaffung der Rangabzeichen und Unterlegen des Offizierspens für Offiziere außerhalb des Dienstes zu verwirklichen?“

Die liberale „Tögl. Rtg.“ meint, man habe die letzte Empfehlung, daß die unabhängigen Volksbeauftragten die Regierung verließen, weil sie selbst einsehen, daß unter den jetzigen Verhältnissen — bei der drohenden Gefahr für die deutschen Truppen im Osten und für Oberösterreich — die von ihren Freunden befürwortete Militärpolitik noch von einer Opposition verlangt, aber von keiner verantwortlichen Regierung betrieben werden kann.

„Sie lassen die Mehrheitssozialisten allein in der Annahme, daß diese sich Macht schaffen und Macht gebrauchen werden. Diese Annahme ist die Hoffnung der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Die Regierung muß sie schnell erfüllen. Denn sie muß endlich auch einmal daran denken, daß Deutschland noch immer keinen Frieden hat und daß es vor allem anderen ihre Aufgabe ist, Politik zu treiben. Ordnung sollte sich nun wieder einmal von selbst verstehen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt versichern zu können, daß auch das Bürgerium sich der Regierung Wert jetzt zur Verfügung stellen werde: „Schließlich kann die Regierung, wenn es hart auf hart kommt, auf das Bürgerium zählen, das für Ruhe und Ordnung eingutreten immer bereit sein wird. Nur muß sie sich dann von der Hoangsvorstellung befreien, daß jeder bürgerliche Schlagprügel notwendig mit Gegenrevolution geladen sein müsse.“

Soldaten, so erst ich konnte, und im übrigen ritt ich durch die Wälder oder durchspernte sie mit lieben Freunden, die ich dort wider Erwarten gefunden; ich jagte mit dem Festungskommandanten, der mir, — trotz meiner kriegsfeindlichen Reden, die er gemächlich schimpfend anhörte — viel Interessantes erzählte, oder lag an irgend einem der Seen und träumte. — Nachts aber verarbeitete ich das, was mir der Tag gegeben, zu meinem Buche.

Es war alles in allem eine glückliche Zeit! So jugendlich froh und erwartungsvoll —

Da wurde die „Rustonia“ versenkt. Es war wie ein Welterschlag, der alles aufhoberte, was in mir an Trost gegen brutale Willkür lebte. Ich hatte nie ein Gefühl daraus gemacht, wie ich über die modernen Kriegsmethoden Deutschlands dachte, aber damals zum erstenmal empfand ich es wie einen fast körperlichen Schmerz, daß ich als Deutscher für solches Tun mitverantwortlich sein sollte. Vor allem tat mir der schadenfrohe, „ungehörigste“ Jubel weh, der damals durch Deutschland hindraufte.

Nis ich aber einmal zu einigen Kameraden beim Willkürgeffen davon sprach, als ich sagte, daß die Verletzung der belgischen Neutralität, die Verwendung giftiger Gase und die Torpedierung von Handelsschiffen eine sittliche Verletzung, oder zugleich auch eine bodenlose Dummheit bedeute, an deren Folgen das Deutsche Reich früher oder später noch zugrunde gehen müsse — als ich damals im Sommer 1918 diese heute so selbstverständlich klingenden Worte aussprach, da hatte einer meiner „Köllegen“ — ein gewisser Dr. Knoh, wenn ich mich recht entsinne — der bei Tisch mit schändlichem Interesse für die unglücklichen Opfer mitbestätigt hatte, nichts Eiligeres zu tun, als hingulaufen und diese „die Stimmung verberbernde Unterredung“ zur amtlichen Kenntnis der Militärbehörde zu bringen.

Diese infame Denunziation einer privaten Neuerung veranlaßte den Festungskommandanten, der bis dahin die Reden seines Jagdgegenossen kurrnd ertragen hatte, seinerseits zu amtlichem Einschreiten. Ich wurde zum Widerruf aufgefordert, und als ich unter Hinweis darauf, daß nur meine bündliche Tätigkeit, nicht aber meine Privatmeinung, amtlicher Kontrolle unterliege, dies ablehnte, wurde ich in die Tuchler Gebe, einen der abgelegenen Winkel Deutschlands, verlegt.

Ich gab gerne zu, daß mir die Entsehung von einem Offizierskorps, das Deminganten unter sich duldete, an sich recht sympathisch, und daß mir Tuchel ebenso lieb sei wie Graudenz; weil ich aber damals noch nicht zugeben wollte, daß man in Deutschland seiner Gesinnung wegen strafbar sein würde dürfte,

Der Gedanke, die Regierung von Berlin nach Weimar überzuführen, zu verlegen, löste überall auf Widerpruch. Sogar die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt Einwendungen dagegen erheben zu müssen: „Wir wissen uns frei von jeglicher Vorherrschaft für Berlin als politische Zentrale. Aber wie müßte die Regierung auf einen Hinweis: sie will, und will es mit besonderem Stolz, eine Arbeiterregierung sein. Welche Wirkung muß es auf ihre moralische Lage, auf ihre Autorität haben, wenn sie einestehlt, daß sie sich inmitten der größten Arbeiterkloß Deutschlands nicht sicher fühlt, wenn sie sich dahin flüchtet, wo der mildere Bourgeois ein wühlendes Übergewicht hat. Die eine Überlegung sollte genügen. Andere kommen hinzu, auf die wir heute nicht im einzelnen eingehen wollen.“

Mit einiger Skepsis anhört sich die „Frankfurter Zeitung“ gegenüber der neuen Regierung:

„Nun muß sich erweisen, ob die Persönlichkeiten kraftvoll und überlegend genug sind, hart und weise zu handeln, in einem Augenblick, in dem die Verantwortung ebenso wie die Schwierigkeiten gewaltig gestiegen sind und der einfache Ruf nach Soldaten sehr wahrscheinlich auch nicht der Reichheit letzter Schluß ist. Der Regierungswandel ist einzuweisen auf eine Etappe, noch keine Lösung.“

Die neue Regierung.

In der ersten Kabinettbildung wurde bestimmt, daß Scheidemann die auswärtigen Angelegenheiten, Roste die militärischen und Bissell die sozialpolitischen Aufgaben übernehmen soll. Es wird bei dieser Gelegenheit auf neue darauf hingewiesen, daß es sich hierbei lediglich um eine Arbeitsteilung innerhalb des Kabinetts handelt, durch welche die Zuständigkeit der Reichskämter in keiner Weise berührt wird.

Der Stabsarzt Dr. Böbe hat den Eintritt in die Regierung abgelehnt, um in seinem bisherigen Tätigkeitsfeldes Schaffen weiterwirken zu können.

Die Männer des alten Systems.

„Gollandsch Neuwäureau“ meldet aus Washington: „Baron von der Lanke, einer der Führer der Oppositionsbehörden, und Dr. Rieth haben sich an Hoover mit der Mitteilung gewandt, daß sie durch die deutsche Regierung angewiesen worden seien, sich mit Hoover über die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu beraten.“

Als Hoover diese Mitteilung sowie die Bitte um eine Unterer dachte: „Die können Ihnen die 24 Jahre der arroganten Haltung und gegenüber und die Grausamkeiten in Belgien in jeder Sprache, welche sie nur wollen, beschreiben und deutlich gemacht werden? Und dann können Sie diesen Paar persönlich sagen, sie können zur Hölle gehen und dort mein Kompliment überbringen. Falls ich überhaupt mit solchen zu tun haben soll, so werden es bestimmt nicht diese beiden sein.“ Unterzeichnet Hoover.

Wir haben immer wieder darauf betonen, daß es schädlich und falsch sei, die kompromittierten Männer des alten Systems als Unterhändler zu bemühen. Es war immer begründet. Vielleicht steht man jetzt endlich auch im Auswärtigen Amt und bei der Regierung ein, daß es so nicht weiter geht, und schickt endlich der Exaltierte etwas weniger belastete Unterhändler.

Neuer Name — alter Schwindel.

Die deutsche demokratische Partei entdeckt in ihrem Herzen jeden Tag eine neue Liebe. Erst waren es die „Bamben und die „freien“ Berufe, heute ist es das „deutsche Volkvolk“ und der Mittelstand. In kommenden, so recht herainnigen Worten wird dem „Volkvolk“ versichert, daß die deutsche demokratische Partei in ihm den „unverfälschten Jungbrunnen“ erkennt. Der Mittelstand muß sich beeilen, er ist nur „eine unentbehrliche Volkskraft“. Beide aber werden mit endlosen Versprechungen umschmeichelt. Weiden wird versichert, daß „einzig und allein“ die demokratische Partei das richtige Rezept gefunden hat.

Diese neuerfindende Partei ist eben, wie alle bürgerlichen Parteien, gezwungen, um die Gunst des Volkes, aus dessen Reihen sie ja nicht gebildet wurde, nachträglich zu buhlen. Wäre sie, wie die sozialistischen Parteien, aus der Masse selbst entstanden, so hätte sie nicht nötig, sich auf diese marktjägerische Weise anzubringen. Neht aber müssen die Betren, die vom grünen Tisch aus diese Partei ins Leben

glaubte ich protestieren zu müssen und beantragte eine Unternehmung gegen mich selbst. Diese wurde jedoch — wie später alle meine ähnlichen Gesuche — abgelehnt; denn mit den Militärgerichten, die glücklicherweise immer noch die juristischen Formen einigermaßen respektieren, geben sich Militärs nicht gern ab. Daraufhin beschwerte ich mich bei S. M. dem Kaiser, als oberstem Kriegsherrn. Diese Beschwerde und der Umstand, daß ich damals an altem Rheumatismus schwer erkrankte, hatten zur Folge, daß man mich mit der Ermahnung, höchst ruhig zu sein, für den Winter 1915/16 wieder nach Berlin schickte.

Dier begann ich naturgemäß freudiger Erwartung voll mein Kolleg über den Krieg als Entwicklungsfaktor in der Geschichte der Menschheit, mußte es aber sofort abbrechen, da ich neuerdings nach Dangig verschickt wurde. Der dortige Generalarzt — er hatte den Namen „Böbe“ — erklärte mir bei meinem Kommen, daß er mir jede mündliche oder schriftliche Neuerung über politische Dinge aufs strengste verbiete, und als ich ihm darauf höchst رکhaft erwiderte, er hätte mir in dieser Beziehung gar nichts zu verbieten, zumal ich Zivilist sei, verriet er auf den Gedanken, mich zu verzeibigen, um mich dann besser kontrollieren zu können.

Der Wunsch, jemandem mit Hilfe des Kaiserreiches einen Maulkorb anzulegen, ist begreiflich, findet jedoch in den Gesetzen keinerlei Stütze; vielmehr sagt eine im Militärverordnungsblatt publizierte Kabinettsorder ausdrücklich, daß „für Zivilisten die Verzeibigung nicht in Frage kommt“. Ich aber hatte meinen niemals gekündigten Zivilvertrag mit der Militärbehörde in der Tasche und war also Zivilist. Nis ich dann später den Herrn Kriegsminister auf das Ungerechte seiner Handlungsweise hinwies, gab er zwar an, die Militärverwaltung habe mir zu irgend einer Zeit (die er übrigens in verschiedenen Schreiben verchieden (!) angegeben hat) einmal gekündigt, habe mir nur keine Mitteilung davon gemacht; aber — abgesehen davon, daß eine solche heimliche und einseitige Kündigung nicht die geringste juristische Bedeutung haben würde — hat er meiner Bitte, doch wenigstens das betreffende Aktenstück vorzulegen, niemals Folge gegeben.

Ich hatte also das Recht — ja ich hatte, wenn ich die Gerechtigkeit meines Vaterlandes achten wollte, die Pflicht, dieses Aufforderung zur Eideistung zurückzumeifen. Ich tat es, indem ich gleichzeitig zu Protokoll gab, ein solcher ungeschicklich geforderter Eid hätte nur den Sinn einer demonstrativen Zustimmung zum Kriege bedeutet; ich aber könne und wolle einer Regierung, die sich dem Reich

Warum ich aus Deutschland ging.

Von Georg Friedrich Nicolai.

III.)

So ging ich denn nach Graudenz, wo ich — anfangs äußerlich mehr schlecht als recht — feuchtkonten Soldaten zu helfen bestrich. Nämlich arbeitete ich mich in mein neues Weib ein, und da der dortige Generalarzt — verständiger als die Berliner Zentrale — mich nach kurzer Zeit zum konsultierenden Arzt für Dermatiker in dem ganzen Reich des siebzehnten Armeekorps ernannte, so war meine Tätigkeit eine selbstlich befriedigende.

Da ich zudem in dieser Stellung, in der einft Feilz Neuter setzen dürften, einen Traum eines einigen Deutschlands hatte graufam haben müssen, Muße genug fand, um aus den Notizen für den mündlichen Vortrag mein Buch über die Biologie des Krieges zusammen zu stellen, von dem ich hoffe, daß es ein kleiner Baustein für ein künftiges einiges Europa sein werde — und da ich in dieser Arbeit ein sonst fast nie empfundenes Glück erlachte, so war ich ganz gern in Graudenz!

Ich nahm mir aus dem Soldatenleben das einzige, was mir daran wirklich Freude machte, d. h. ich nahm mir Pferde, die uns damals noch zur Beförderung fanden, und auf langen, einsamen Mitten durch die prächtigen Sandwege der alten Länenlandschaft, grübelte ich über die Gedanken, die mir mehr und mehr wichtigste Zukunftshoffnung meines Lebens wurden.

Für ihre Pferde, die sie gemöhnliche Sterbliche damals schon recht rar zu werden begannen, bin ich dem Militär bis heute dankbar; und ich bin ihm auch noch für manches andere dankbar! — Denn nur im Gegenrud gegen die Gewalt dieser mit an sich so wenig nützlich scheinenden Organisation bin ich allmählich das geworden, was ich heute bin. Wen das Soldatenleben nicht zerbricht und zum vollkommenen Witzgenz zwingt, den zwingt es die eigene Form trotzig hervorzuföhren. Ich weiß, mir ist es nicht allein so gegangen, sondern Tausende von Kameraden sind gleich mir — durch das Übermaß einer gar zu übermäßigen Verachtung alles Menschlichen — zu entschlossenen Gegnern dieses Systems geworden. Nur daß sie nicht die Freiheit in sich fühlten, dieser neuen Gehnswelt Worte zu sprechen.

Ich aber konnte es, glaube es wenigstens zu können, und in diesem Glauben fand ich Glück. So behandelte ich denn meine

*) Beacht, mich bei 70 und 75 des „Jahrbuch“.

lesen. Ihren „Himnabich“ nachlaufen und sich selbst anbreiten.

Sie schimpfen dabei auf die Konservativen, weil sie unter „neuen Namen“ mit neuen Masken auftreten. Wir fragen die demokratische Partei: Wie alt ist denn ihr Name? Beschuldigen sie denn ihre bis gestern noch „fortschrittlichen“ und „nationalliberalen“ Bannerträger mit einem Male anders?

Ein Sozialdemokrat gegen die Sozialisierung.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Müller hat vor einer Anzahl von Pressevertretern sein Programm für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens in einer Weise entwickelt, die schon nicht mehr un-, sondern antisozialistisch ist.

Zur Frage der Sozialisierung „bemerkte“ er, er halte die letzte Zeit noch nicht für reif, „derartigen Gedanken näher zu treten“. „Ich begreife nicht“, sagte er wörtlich nach einem Bericht der „Germania“, wie an verantwortlichen Stellen mit dem Gedanken gespielt werden kann, man könne jetzt den Kohlenbergbau verstaatlichen. Das ist Verbrechen bzw. Dummheit.“

Und er hielt es für nötig binanzufügen: „Ich halte die Arbeitnehmerorganisationen nicht für geeignet, auf die Leitung der Betriebe einzuwirken.“

Doch Dr. Müller dem von seinen eigenen Genossen, von den Gewerkschaften, schon längst der Stuhl vor die Tür gerückt wurde, der, als seine Parteigenossen für den Parlamentarismus kämpften, ihnen in den Rücken fiel und eine Lanze für die preussischen Bürokraten brach, daß dieser Herr bei seiner Gewohnheit bleibt und Gift und Galle speit gegen das, was die Arbeiterschaft, einschließlich der in der Mehrheitspartei zusammengeschlossenen Arbeiter, für die wichtigste Aufgabe der Revolution hält, das ist schließlich kein Wunder. Doch aber dieser Herr unter einer sozialistischen Regierung in seinem wichtigen Amte bleiben darf und unter sozialistischer Flagge antisozialistische Propaganda betreiben darf, das — gibt zu denken.

Ein Heldenstück.

Der Minister D a n i e l s c h erklärt folgende Kundgebung: „Mit Mächtig auf die lebhaften Bedenken, die vielfach gegen den Erlaß über den Religionsunterricht vom 20. November geltend gemacht worden sind, ordne ich hiermit an, daß seine Durchführung überall dort, wo sie auf starke Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preussische Nationalversammlung zu unterbleiben hat.“

Die Tannen nicht behaupten, daß dieser Rückzug vor der kirchlichen Debe besonders imponierend wirkt. Die Angst vor der Contage ist ein hervorragendes Zeichen rechtssozialistischer Politik.

Die Reichsminister des Spartakusbundes.

Gründung einer eigenen Partei.

Heute vormittag trat im Abgeordnetenhaus die Reichskonferenz des Spartakusbundes zu einer Tagung zusammen. Der Sprecher war von 15 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands.

Frau Weber begrüßt namens der Zentralleitung die Delegierten. Der als Gast anwesende Vertreter der russischen Sozialdemokratie überbringt von dieser hergliche Grüße. Von Wehring und Rosa Luxemburg liegen zwei Begrüßungs-telegramme vor.

Als Vorsitzende wurden gewählt: H. Bies, Berlin, F. Wäcker, Stuttgart, als Schriftführer H. Oederz, Chemnitz, H. Strich, Gutzdorn, Otto Wolffstein, Düsseldorf und A. Hammer, Essen.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Die Krise in der U. S. P. Ref.: Karl Liebknecht. 2. Die Nationalversammlung. Ref.: Paul Leo. 3. Unser Programm und die politische Situation. Ref.: Rosa Luxemburg. 4. Unsere Organisation. Ref.: Hugo Oberlein. 5. Wirtschaftliche Kämpfe. Ref.: Paul Lange. 6. Internationale Konferenz. Ref.: Hermann Dunder.

Die Redezeit wurde — ausgenommen den Punkt 2 der Tages-

ordnung — auf eine Stunde für die Referenten und 10 Minuten für jeden Diskussionsredner festgesetzt.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhält das Wort Karl Liebknecht, der sich mit der Politik der U. S. P. auseinandersetzt. Von ihrer Entstehung ausgehend, führt er aus, daß die U. S. P. weder theoretische Grundzüge noch ein Aktionsprogramm besitzt; sie sei auch unfähig, solche noch zu schaffen. Jeder Versuch, sie zu einer wirklichen proletarischen Aktion zu treiben, müsse scheitern, weil es sonst zu einer Spaltung dieser Partei komme. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft galt die U. S. P. als die radikalste Partei, zumal der Spartakusbund unter den ärgsten Verfolgungen zu leiden hatte und nicht den Weg an die Öffentlichkeit finden konnte. Wir traten deshalb auch in Göttingen der U. S. P. bei, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie wirkliche revolutionäre Politik treibe. Wenn sie das nicht tue, so erklärten wir, dann würden wir uns vorbehalten, auch gegen sie zu arbeiten. Wir müßten bald erkennen, daß die Führer versagten, aber es ist uns wenigstens gelungen, die Mitglieder für uns zu gewinnen. Wir sind jetzt vor eine wichtige Entscheidung gestellt und müssen Klarheit schaffen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, uns von der U. S. P. zu scheiden. Liebknecht empfiehlt nun eine längere Resolution in diesem Sinne zur Annahme.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird von jeglicher Diskussion über das Referat und die vorgeschlagene Resolution abgesehen und der Antrag Liebknecht, eine selbständige Partei zu gründen, gegen eine Stimme angenommen.

Nach kurzer Debatte über die Benennung der neuen Partei wird ein Vorschlag angenommen, sie kommunistische Partei (Spartakusbund) zu nennen.

Darauf erhebt das Wort Karl Mabe, um in längerer Rede die Politik der zur Zeit in Rußland die Macht ausübenden Sowjets zu verurteilen. Er führt die Vorgriffe gegen sie teils auf Unvollständigkeit der bürgerlichen Gegner aller Länder, teils auf Unkenntnis der im Inland gehaltenen Arbeiter. Bei Abschluß dieses Vortrages hatte er seine Rede noch nicht beendet.

Wählerlisten einlehen!

Von heute ab bis zum Sonntag, den 6. Januar, liegen die Wählerlisten zur allgemeinen Einsicht aus!

Für Berlin wurden die Lokale, in denen die Listen eingesehen werden können, gestern in der „Freiheit“ veröffentlicht. Auch für die Vororte sind Bekanntmachungen ergangen, aus denen jeder feststellen kann, wo die für ihn in Betracht kommende Liste aussieht.

Wer nicht in der Liste steht, darf am 19. Januar nicht wählen!

Jeder sichere sich sein Wahlrecht!

Die Wahlen in England.

Amsterdam, 20. Dezember. Nach einer Reutersmeldung aus London werden die Wahlen durch die vollständige Niederlage aller Parlamentsmitglieder charakterisiert, die während des Krieges pazifistische Meinungen an den Tag legten. Die ehemaligen liberalen Erminister wurden mit großer Mehrheit geschlagen. Lord Robert Cecil wurde wiedergewählt. Bonar Law, Redmond und Barnes wurden ebenfalls wiedergewählt. Auch Lloyd George wurde wiedergewählt. Mac Kenna und der Sozialist Tomell wurden geschlagen. Die Koalition gewann 409 Sitze oder eine Mehrheit von 238. Nach den letzten Angaben war die Lage folgende: Koalition: Unionisten 834, Liberale 127, Arbeiter 10; Koalitionsgegner: Anhänger Asquiths 37, unabhängige Unionisten 48, andere 5, Arbeiterpartei 85, Frauen 1, Nationalisten 7, Sinnfeiner 70. Nur zwei Ergebnisse fanden noch aus.

Nach einer Meldung des „Allgemeinen Handelsblat“ aus London

ist bemerkenswert, daß so wenig Arbeiterpartei-er gewählt wurden. Allgemein wurde bemerkt, daß Asquith seinen Sitz verlor. Die Liberalen seien trotz der Niederlagen nicht im mindesten niedergeschlagen. Sie seien davon überzeugt, daß die folgenden Wahlen, die nicht mehr vom Ardege beeinflusst werden würden, sie wieder ans Ruder brächten.

Amsterdam, 20. Dezember. Wie das Reutersche Bureau aus London meldet, wird das Wahlergebnis von den Sonntagblättern dahin zusammengefaßt, daß es ein großer persönlicher Sieg von Lloyd George sei. Das Land habe den Krieg gewonnen und wünsche jetzt auch den Frieden zu gewinnen, indem es nicht nur dem Feinde strenge Gerechtigkeit auferlege, sondern auch auf der Durchführung einer weitgehenden Sozialreform bestehe. Die regierenden Klassen würden jetzt auf die Probe gestellt, und wenn es ihnen nicht gelinge, das Land zu befriedigen, so erwarte sie bei den nächsten Wahlen eine peinliche Abrechnung.

Barnes sagte in einem Interview nach seinem Siege in Glasgow: Das Land hat sich jetzt gegen alle diejenigen gewendet, die den Krieg nicht von ganzem Herzen unterstützt haben. Meiner Ansicht nach hat sich die Arbeiterpartei eines großen Vorteiles bedient, indem sie sich den bolschewistischen Demütigungen unterwarf.

Friedensprobleme in der französischen Kammer.

Paris, 20. Dezember. Im Laufe der Diskussion über die Budgetvorlage in der Kammer forderte der Sozialistenführer Cachin die Regierung auf, ihre Ideen über den Frieden klar darzulegen. Er verlangte Auskunft darüber, ob die Verhandlungen in Versailles in voller Öffentlichkeit vor sich gehen würden. Der Redner wandte sich gegen die Geheimverträge.

Wriand unterbrach ihn und führte aus, daß er die Ansicht Cochins über die Geheimverträge nicht teile. Er sagte: Bevor man mit den eigentlichen Verhandlungen beginnt, tritt man in Besprechungen mit der Regierung ein. Es wäre unmöglich, daß diese Besprechungen öffentlich seien. In bezug auf den Friedensvertrag erklärte Wriand, das Abkommen zwischen den Alliierten über alle ins Auge gefassten Probleme nähme erst dann den Charakter von Verträgen an, wenn sie von der Friedenskonferenz und dem Parlament ratifiziert seien. Wriand wies darauf hin, daß die Kommission für auswärtige Angelegenheiten fortwährend auf dem laufenden gehalten werde.

Cachin, der dann auf die territorialen Probleme zu sprechen kam, behauptete, er habe der spontanen Volksstimmung in Esch-Verträgen mit innerer Nüchternheit beigewohnt, hoffe jedoch, daß die Regierung der Fragen im Zusammenhang mit dem linken Arbeiter unter Beobachtung der Grundsätze vorgehen werde, daß kein Volk gegen seinen Willen annekteriert werden dürfe. Cachin drückte seine Freude darüber aus, daß die Regierung auf die Expedition in Rußland verzichtet habe.

Blachon unterbrach ihn mit der Erklärung: Ich habe niemals gesagt, daß wir auf die Expedition verzichtet haben; ich habe nur gesagt, daß die Regierung niemals an eine Expedition unter Bedingungen gedacht hat, von denen in der Presse die Rede war.

Cachin forderte nun, daß alle französischen Truppen aus Rußland zurückgezogen werden und schloß: Wir verlangen, daß Sie auf der Friedenskonferenz nur die ewigen Rechte Frankreichs wahrnehmen und auf Gewalt verzichten, die unsere Feinde tötet. — Als Cachin erklärte, der Völkervertrag müsse verwirklicht werden, wurde ihm von rechts gegerufen: Aber erst, wenn die Deutschen bezähmt haben! Einige Rechte Wilsons wurden von der Kammer mit eifrigem Schweigen aufgenommen; nur die Sozialisten kritisierten. Schließlich erklärte Cachin: Kein Volk dürfe für die Handlungen verantwortlich gemacht werden, für die es nicht verantwortlich sei. (Protest anher auf der Linken.) Wir hoffen den Völkervertrag; es muß ein Völkervertrag kommen. Ich verlange das von unserer Regierung und verlange auch von ihr, daß sie bei den Friedensverhandlungen auf die Gewalt verzichtet, die das Verderben unserer Feinde war. — Der Sozialist Alexandre Blane heulte dem Minister des Reichens ebenfalls einige Fragen über die Politik der Alliierten in Rußland. Er protestierte gegen jede bewaffnete Intervention in Rußland und verlangte, daß die Rechte des russischen Volkes gesichert würden.

tar vertritt. Situations gebrauch, und Handelskäfte heimlich torpediert habe, unter keinen Umständen demonstrieren den Eid der Treue und des Gehorsams leisten.

Der Herr Generalarzt beehrte mich zu einem neuen Termin, und ich fand einige goldstrebende Reiter um ihn versammelt. In deren Gegenwart malte er mir die unglückseligen Konsequenzen meiner Weigerung aus und sprach von den schweren Strafen, die mich treffen würden. Dies war eine unter Mißbrauch seiner Amtsgehalt ausübte ungesetzliche Nötigung; denn das preussische Militärstrafgesetzbuch, das zu einer Zeit verfaßt ist, als der Militarismus noch nicht das war, was er heute ist, wollte offenbar jenen unmarzialischen Gewissenszwang vermeiden, der in der Erziehung des Fahnenweibes liegt, und kennt keine Strafe für den sich Weigernden.

Heute ist man weniger rückwärts, und da man bald einsah, daß man mich auf gerichtlichem Wege nicht bestrafen konnte, tat man noch vier weiteren Wochen etwas, das sich in seinen Wirkungen als unendlich viel grausamer erwies — man begaberte mich zum Gemeinen. Der Kriegsminister legt zwar Wert darauf — er hat es mir gegenüber, sowie im Reichstag mehrfach betont — daß ich nicht degradiert sei. Ich weiß nicht, ob er damit meint, daß mir niemals, wie es bei einer richtigen Degradation vor versammelter Kriegsvolk üblich sein soll, die Epauletten heruntergerissen sind (was ja, weil wir Zivilärzte keine tragen, sowieso nicht auf möglich war). — Jedenfalls war ich de facto von der in Deutschland so über alles Maß geschätzten Stellung eines Offiziers zu der dort über alles Maß mißachteten Stellung eines gemeinen Soldaten herabgesunken, und habe alle Unannehmlichkeiten dieses Ereignisses, die zum letzten, bitteren Tropfen aufgeföhrt.

Obgleich diese Degradation ein weiterer manifeste Rechtsbruch war (denn die Wehrordnung resp. die Kriegsverordnungen setzen auf die Verfassung des Deutschen Reiches ausdrücklich, daß wer den Fahnenweid wepset, genau so zu behandeln sei wie der Verdrigte) — obgleich also hier in bezug auf meine Person die Verfassung verletzt war, so war ich dabei doch nur passiv beteiligt, und konnte daher die Degradation ruhig hinnehmen; nur müßte ich verlangen, im Sanitätsdienst verwendet zu werden. Für alles andere war ich nicht verantwortlich, denn wenn die Augen verdrben, denen ich meine ärztlichen Kenntnisse so vorzuschießungsbewußt zur Verfügung gestellt hatte, glaubten, daß ich als Militärarzt, nicht, was ich auch wirklich ernannt wurde, ihnen, dem Vater-

land und der Welt nützlicher Dienste leistete, denn als Arzt, so kam es mir am wenigsten zu, Herüber zu urteilen. Ich begnügte mich daher damit, den Fall als den einer Verfassungsverletzung zur amtlichen Kenntnis des Reichstags zu bringen, was jedoch, zumal er niemals prinzipiell behandelt wurde, keinerlei Änderung brachte.

Im übrigen aber tat ich meinen Krankenwärterdienst, oder besser gesagt — da man sich vielleicht doch schämte, den Arzt als Diener anderer Verräte zu verwenden — ich sah in allerlei Sanitätsbüreau und verrichtete allerlei Sinnlosigkeiten (so mußte ich anfangs leere Hefte mit dem Lineal linieren, zum Schluß durfte ich das, was andere mit Bleistift geschrieben, mit Tinte nachschreiben; dazwischen lagen Verlöben, in denen ich im Laboratorium etwas weniger sinnlos beschäftigt wurde). Mir war alles ziemlich gleich, denn da das Unterpersonal, dem ich anvertraut wurde, durchweg für mich Partei ergriff, so konnte man mich überall, ich solle nur ruhig, halt Linien zu ziehen, lieber meine Privatarbeiten erledigen; und das tat ich denn auch.

Ich konnte also schreiben, und damit war für mich alles ganz gut; aber an sich war das gar nicht gut; denn ich meine, daß es entwerder ein Felden von Völkervergeßlichkeit oder aber ein Zeichen von Dummheit ist, in Zeiten, in denen man die Kräfte so bitter nötig braucht, wie augenblicklich in Deutschland, einem Arzt die Ausübung seines Berufes unmöglich zu machen. Ich stand mehrfach vor Gericht weil ich diese Alternative mündlich und schriftlich vertreten hatte, und ich glaube, es ist nur eine Ehre für Deutschlands Richter, daß sich unter ihnen keiner gefunden hat, der die Berechtigung dieser Behauptung bestritten hätte (nur wegen formaler Verletzung wurde ich verurteilt).

Uebrigens kenne ich niemanden in Deutschland, der die Berechtigung meiner Kritik bestritten hätte, auch meine Vorgesetzten nicht, von denen mir jeder sagte, ich hätte ganz recht, und er könne auch nichts dafür, im Gegenteil, er tue sein möglichstes, um mir wieder eine meiner Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zuzuwenden. — Trotzdem mir vom Unteroffizier bis zum Kriegsminister alle diese Verurteilungen abgelesen haben, (letzterer sogar schriftlich) blieb ich 2 1/2 Jahre Gemeiner, ohne auch heute noch eigentlich zu wissen, wem ich das zu danken habe. Denn das ist das eigenartige beim deutschen Militär: Kein Einzelner handelt dort, sondern jene bewunderungswürdige, unpersonliche Organisation, in der der Einzelne verschwindet.

Angenehm ist es nicht in die Hände dieser Maschine zu

kommen. Ich aber trag alles mit Gleichmut. Von dem vielen, was ich dabei erlebte, und was mir einen tiefen Eindruck in die erzieherischen Wirkungsmöglichkeiten des Militärs gegeben, will ich an dieser Stelle schweigen. Nur die Geschichte meines Buches muß ich erwähnen.

Ich hatte es 1915 vollendet und 1916 wurde es im Verlag „Naturwissenschaften“ gedruckt, wo mein Freund Curt Tsching so viele schöne Bücher herausgegeben — versucht hat. Als die ersten 200 Seiten im Satz standen, wurde es von einem Produzenten der großen Deutschen Untergebücherei Schönan, der gesellschaftlich in meinem Hause Zutritt hatte, und dabei von der Existenz des Buches gehört hatte, der Militärbehörde demangiert. Der Betreffende hatte das Buch niemals gelesen, sondern sagte mir (wörtlich) „wie verdammt unser Volk mühsam im Krieg, und der Mann schreibt für den Frieden“. Diese Friedenssehnsucht genügte ihm, und so ging er hin und verriet das Buch. Der Militärverwaltung genügte wiederum diese Demangiation, und ohne ihrerseits das Buch gelesen zu haben, wurde ich eines Tages verhaftet, und mit dem Manuskript weggenommen.

Ich wurde dann wieder frei gelassen, angeklagt, betrußelt, freigesprochen, wieder angeklagt — schließlich wurde der Prozeß verlagert und blieb trotz der an sich so prompten Militärjustiz über ein Jahr verlagert. Die merkwürdigen Verisparien dieses Prozesses — in den die selbstsamten auch ausländischen Einflüsse hineinspielten, würden hier zu weit führen und müssen auch auf Grund der Akten geschildert werden.

Nebenfalls kümmerte mich das Ende dieses Prozesses nicht sonderlich, da ich erfahren hatte, daß das Manuskript — leider war es, wie sich später zeigte, ein altes und unkoordiniertes — von einem Kurier des Deutschen Reiches in die Schweiz gebracht getreitet sei. Auch diese Beteiligung der offiziellen Kreise ist charakteristisch und zeigt, wie weit die Unzufriedenheit mit unserer Militärkristatur selbst in die amtlichen Kreise hinein reicht. Aber selber Gottes haben alle diese „Gefinnungsgenossen“ zwar das schändliche Verbrechen, dem Militär ein Schnippchen zu schlagen: sie schmuggeln Bücher und Briefe, bringen mir die Noten des Kriegsministers und die Noten des auswärtigen Amtes, oder sie haben nicht das nötige Verantwortlichkeitsgefühl, um die Konsequenzen ihrer Bestimmung zu ziehen, und sie, die in 24 Stunden bei einer Plöcke Durgunder gar schnell mit mir (an 24 Stunden) len sich so weit, mich unter den Linden zu grünen.

Die großdeutsche Bewegung.

Zwei sehr gut besuchte Volkerversammlungen am Sonntag... unter dem Titel „Deutschböhmern, ein neues Erfolge“ die großdeutsche Frage, die infolge unserer inneren Schwierigkeiten seit einiger Zeit etwas in den Hintergrund gekommen ist.

Lebhaft begrüßt, gab der deutschösterreichische Gesandte, Herr Dr. A. Hartmann, ein historisches Bild des großdeutschen Gedankens, dessen Sieg den Bankrott der preussischen Macht politisch besiegeln wird.

Professor Herzner sprach mit großer Sachkenntnis und Wärme über die Lage der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, deren Unterdrückung durch den kaiserlichen Imperialismus der Friedensbewegung unter allen Umständen verhindern müsse.

Genosse Bernstein verteidigte die Haltung von Haase, der sich vor der Gesamtregierung gebückt hätte, und erklärte, dass es ein großer Fehler wäre, den „Anschluß an Deutschland“ zu vollziehen, statt die Regelung dieser und aller Fragen des Selbstbestimmungsrechtes dem Kongress zu überlassen.

Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten-Ausschüsse von Groß-Berlin

Verammeltten sich gestern vormittag im großen Saal der Neuen Philharmonie, um sich gegen die Unternehmung zu einer einheitlichen Front zusammen zu schließen. Die Revolution vom 9. November hat auch die Angestellten der Berliner Großbetriebe aus ihrer Gleichgültigkeit aufgeweckt und sie an die Seite der Arbeiterbewegung gestellt.

1. Der Angestellten-Ausschuss betrifft die Interessen der Angestellten gegenüber der Werk- oder Geschäftsleitung und erledigt mit und neben dieser alle darauf bezüglichen Fragen, insbesondere fallen Anstellungen, Entlassungen und Regelungen der Lohnverhältnisse nur mit Zustimmung des Ausschusses erfolgen.

2. Jeder in einem Betrieb Angestellte ist geeignet und berechtigt, die Interessen der Angestellten zu vertreten, sofern er das Vertrauen der Kollegen und Kolleginnen genießt.

3. Die vom Siebener-Ausschuss vorgeschlagenen 19 Branchen-Kommissionen werden gebildet. Um die in den einzelnen Angestellten-Ausschüssen Groß-Berlins gesammelten Erfahrungen allen Ausschüssen zugänglich zu machen und darüber hinaus eine gegenseitige Aufklärung über alles, was mit dem Tätigkeitsgebiet der Angestellten-Ausschüsse im Zusammenhang steht, zu ermöglichen, wird ein Zentral-Ausschuss der Angestellten-Ausschüsse Groß-Berlin gebildet.

4. Dieser Zentral-Ausschuss umfaßt alle in Groß-Berlin gewählten oder noch zu wählenden Angestellten-Ausschüsse in Handel, Gewerbe und Industrie sowie der Staats- und Gemeindebetriebe, deren Zusammenfassung von dem in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zusammengeschlossenen Gewerkschaften der Angestellten anerkannt ist.

5. Der Zentral-Ausschuss besteht aus je zwei Vertretern der beteiligten Gewerkschaften und 19 Obmännern der Angestellten-Ausschüsse. Die Wahl dieser 19 Personen erfolgt in einer Versammlung der Obmänner der Angestellten-Ausschüsse. Dabei ist möglichst auf eine gleichmäßige Vertretung aller beteiligten Branchen Rücksicht zu nehmen.

6. Der Zentral-Ausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorstand, dem die Leitung aller Veranstaltungen des Zentral-Ausschusses obliegt und der auch sämtliche vorbereitenden Arbeiten auszuführen hat. Diesem Vorstande sollen mindestens drei Vertreter der Gewerkschaften angehören. Alle dem Zentral-Ausschuss erwachsenden Kosten tragen die beteiligten Gewerkschaften gleichmäßig. Appellwelsche Beiträge seitens der Angestellten-Ausschüsse werden nicht erhoben.

7. Seine Geschäftsordnung gibt sich der Zentral-Ausschuss selbst.

8. Die Führung gewerkschaftlicher Aktionen gebietet nicht zu den Aufgaben des Zentral-Ausschusses. Dies bleibt noch wie vor den Gewerkschaften überlassen.

9. Zur besseren Unterstützung der gegenseitigen Aufklärung wird vom Zentral-Ausschuss ein in zwangsloser Folge erscheinendes Nachrichtenblatt herausgegeben, das den Mitteilern der Angestellten-Ausschüsse kostenlos zugestellt wird. Es soll das für die Angestellten-Ausschüsse und ihre Tätigkeit entsprechende Material enthalten.

10. Die durch den Zentral-Ausschuss vertretenen Angestellten-Ausschüsse sind verpflichtet, über ihre Tätigkeit, über Veränderungen im Bestand ihrer Ausschüsse und über sonstige wichtige Vorgänge laufend und auf Aufforderung des Zentral-Ausschusses Mitteilung zu machen.

Die Wahl der 19 Obmänner wurde gleich vollzogen und eine Anzahl Anträge dem neuen Zentral-Ausschuss zur Erwägung überwiesen.

Lohnbewegung der Eberischen Angestellten.

Die Angestellten der Firma Anonst Eberl, Abteilung Berliner Adreßbuch, sind in eine Bewegung der Verbesserung ihrer absolut unzureichenden Gehälter eingetreten. Scherz Adreßbuch-Verlag gehört zu den einträglichsten Unternehmen, gleichzeitig aber auch zu den am niedrigsten zahlenden. Demnach noch zählt der Verlag verheirateten männlichen Angestellten Gehälter von 135 Mark monatlich, die 23 Jahre im Hause sind, beziehen noch Gehälter von 200-225 Mark monatlich. In der letzten Abteilung ist es heute kein Ausnahmefall, der auch nur das Gehalt von 400 Mark monatlich übersteigt. Das Durchschnittsgehalt bleibt weit unter 200 Mark, obwohl es für fast durchwegs um jahrelang tätige eingearbeitete Kräfte handelt. Die Diätäre bekommen als Höchstgehalt pro Tag 5 Mark, 30 Mark die Woche während des ganzen Krieges hat die Firma im Höchstfalle 22 1/2 Prozent Teuerungszulagen gezahlt. Demgegenüber sind die Forderungen der Angestellten außerordentlich bescheiden. Sie erstrecken sich auf eine einmalige Entschädigungsbilanz von 500 bis 600 Mark, auf die Zahlung einer Teuerungszulage von 50 Prozent bei Gehältern unter 200 M., bis 25 Prozent bei Gehältern über 600 M. Außerdem wird eine Dienstalterzulage von 10 Mark monatlich gefordert. Die Angestellten haben der Firma für die Bewilligung ihrer Forderungen eine Frist bis zum 31. Dezember 1918 gestellt.

Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungs-Geschäften.

Zur Lohnbewegung im Gastwirtsgerwerbe nahm am Sonntag, den 25. Dezember, eine von über 600 Personen besuchte Versammlung der Vertrauensleute der Angestellten Stellung. Der Vorsitzende des Verbandes der Gastwirts-Geschäfte, Heise, berichtete eingehend über die am gleichen Tage stattgefundenen Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen der Gastwirte. Nachdem die auf gemeinsamer Grundlage geführten Verhandlungen einmütig gescheitert waren, wurden dieselben sofort auf lokaler Basis, also nur für Berlin, wieder aufgenommen. Auch diese scheiterten jedoch daran, daß die Vertreter der Gastwirte daran festhielten, die Kellner nur so entlohnen zu können, daß sie auch weiterhin auf Trinkgeld angewiesen seien; die Ansicht der Geschäftsleiter, welche diese Art der Lohnregulierung auf das entscheidende bekämpft hatten, entsprochen durchaus den Wünschen der Vertrauensleute, die sich nicht nur in der sehr lebhaften Diskussion durchaus zustimmend äußerten, sondern auch nachstehende Resolution einstimmig entließen:

Die außerordentlich stark besuchte Versammlung der Vertrauensleute aller Branchen des Hotel-, Restaurant- und Caféhandlungsgerwerbes Berlins fordert erneut die Einführung auskömmlicher Wochenlöhne an Stelle des Trinkgeldsystems; ferner die strikte Durchföhrung des Schlußarbeitentages. Sie bedauert das geringe Entgegenkommen der Unternehmer, welche die Ablösung des Trinkgeldsystems durch Einführung fester Löhne ablehnen. Sie weist die in die Tagespresse langierte Unterstellung, daß die Kellner neben der festen Entlohnung noch Trinkgelder verlangen wollten, als der Wahrheit widersprechend mit Entrüstung zurück. Im übrigen ist die Versammlung zwar damit einverstanden, daß weitere Verhandlungen mit den Unternehmern nicht abgelehnt werden, verlangt aber, daß die Leitung des Verbandes der Gastwirts-Geschäfte sofort die erforderlichen Maßnahmen trifft, um die Einführung fester Löhne zur Anerkennung zu bringen. Die Vertrauensleute verpflichten sich, in jeder Beziehung für die geforderten Beschlüsse einzutreten.

Vertrauensleute der Caféangestellten. Am Dienstag, den 31. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im Rosenhof Hof, Rosenhofer Str. 11-12, eine Versammlung der Vertrauensleute statt. In Anbetracht der Wichtigkeit muß jeder Betrieb vertreten sein. Sektion der Caféangestellten.

Groß-Berlin.

Einföhrung in die Wählerlisten.

Bei der am 19. Januar stattfindenden Wahl zur Nationalversammlung haben alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen das Wahlrecht. Um dieses Wahlrecht ausüben zu können, ist eine Wählerliste aufgestellt worden. Nur wer in dieser Liste steht, kann am 19. Januar von seinem Recht Gebrauch machen. Es ist notwendig, sich davon zu überzeugen, ob der Name auch in die Wählerliste eingetragen ist. Zu diesem Zweck werden die Listen öffentlich angelegt. Jeder kann Einsicht nehmen. Die Listen liegen bis zum 6. Januar aus. Wir richten an die Wähler die Aufforderung, sich zu überzeugen, ob ihr Name in der Liste verzeichnet ist. Die Stellen, an denen die Listen ausgelegt sind, sind in unserer Sonntagsnummer bekanntgegeben.

Die Listen können von 12-7 Uhr, Sonntag und Feiertag von 10-5 Uhr eingesehen werden.

Chauvinistisches Fliegelenk.

Daß in der jetzigen Zeit unsere Chauvinisten sich gelegentlich noch offen vorwagen, ist zwar nichts Neues; es verdient immerhin verzeichnet zu werden, daß sie dieser Tage sich den Ballsaal als Stätte ihres Spektakels auswählten. In einem Bericht der „A. Z.“ ist darüber zu lesen:

Krach im Ballsaal.

Trillerpfeifen sind vor dem geistigen Bühnen- und Filmhall (Karmarion im Zoo) wahrscheinlich im Ballsaal noch nicht in Tätigkeit getreten. Um so greller tobten sie gestern Abend kurz nach 9 1/2 Uhr, als das Tängerpaar Malvine und Fernando vor 1500 Volksgenossen ihre garantiert echte Pariser Tanzkunst zeigen wollten. Die Veranstalter des Festes waren auf die terriblere Idee verfallen, die Wiege Fernandos, die im neutralen Spanien stand, nach Paris zu verlegen, ohne dabei zu bedenken, daß das, was vor dem Krieg ein kassensüßender Teufel war, jetzt Ursache zu einem Skandal sein muß. So mußten denn die Tänger für die Taktlosigkeit der Leitung büßen. Als sie anfangen wollten, erhob sich ein wildes Durcheinander. Mitgebrachte Pfeifen begannen zu knallen. Rufe: „Kuhhören! Kuckländer! Franzosen! Kungen, und ein Teil der Menge hinderte das Tängerpaar an der Vorföhrung. Ohne das Daghintergrund besonmerter Elemente wäre es zu Taktlosigkeit gegen Fernando gekommen. Er verzichtete auf die Vorföhrung seiner Tanznummer, und die Ballkette hielt es für richtiger, von dem Programm dann auch das Tängerpaar Ladges und Billee, laut Ankündigung aus New York, zu streichen.

Der Ballsaal ist allerdings ein Ort, an dem solche narrenhaften Hofausdröcke weniger geföhrlich sind, zumal auch das Publikum danach ist. Natürlich hat auch die „A. Z.“ am Mittwoch nichts gegen die Fliegerei einzuwenden.

Oberbürgermeister Dermuth ist infolge eines Unfalles für einige Tage aus dem Dienst beurlaubt.

Eine Tarifserhöhung kündigt die Hochbahn-Gesellschaft an. Sie begründet die neue Erhöhung des Fahrpreises wie folgt: „Die Hochbahn-Gesellschaft hat bei der jetzt im Wege der Verhandlung erfolgten Neuregelung der Arbeitsbedingungen außer der Bewilligung einer einmaligen Wirtschaftsbilanz-Jugenderhöhung in großem Umfange machen müssen. Allein die Einführung des Achtstundentages erfordert einen jährlichen Mehraufwand von 1,8 Millionen Mark; der Durchschnittspreis für die Arbeitsstunde stellt sich auf mehr als das Dreifache der Höhe der ersten Kriegsjahre.“

Aus den Kreisen der Hochbahnangestellten wird uns mitgeteilt, daß die Sache in der Praxis anders aussehe wie hier dargestellt ist. Schon durch die Einführung des Achtstundentages entstand für die Mehrzahl der Lohnarbeiter und Handwerker ein Lohnausfall von durchschnittlich 19 Mark in der Woche. Als Forderungen wurden dann gestellt: Eine einmalige Teuerungszulage von 500 Mark und eine Lohnserhöhung von 25 Prozent. Gewährt wurden nur die Teuerungszulagen, und zwar für das Betriebspersonal in Höhe von 500 M., und für das Werkstattpersonal 400 M., zahlbar in zwei Raten, so daß die zweite Rate erst im März 1919 gezahlt wird. Eine Lohnserhöhung wurde nicht bewilligt, so daß also außer der Wirtschaftsbilanz keine Jugenderhöhung, so schweige denn in großem Umfange gemacht worden sind. Allerdings stellt sich der Stundenlohn auf mehr als das Dreifache wie im ersten Kriegsjahre. Man muß aber bedenken, daß die Handwerker damals auch für den geringen Stundenlohn von 45 Pfennig arbeiten mußten und auch jetzt noch mit 1,75 Mark Stundenlohn an letzter Stelle sämtlicher Verdienstmöglichkeiten Berlins stehen. Also weil früher die Hochbahn niedrige Löhne zahlte, dafür aber große Heberzölle einbrachte, dafür ist jetzt das Publikum erneut geschädigt worden.

Konzert des Philharmonischen Orchesters. Zu dem am Dienstag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Beckenhofsaal, Köthener Straße, stattfindenden Konzert stehen noch Eintrittskarten à 30 Pf. zur Verfügung. Dieselben können bis Dienstag 12 Uhr im Bureau der Herberge des Gewerkschaftshauses in Empfang genommen werden. Von 2 Uhr an findet der Verkauf im Voraus zum Beckenhofsaal statt.

Lebensmittelversorgung in Neuföhn. Der Verkauf von 1 Pfd. Narmelade auf die Abföhrte 85 und 86 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, sowie der Verkauf von je 1 U auf Abföhrte 83 der Eierkarte in den Brotkommissionen I und II wird fortgesetzt. 125 Gramm Harzer oder Tilsiter Käse werden vom Montag nächster Woche ab an die im Bezirk der 2. Brotkommission eintragehenden Butterkunden verteilt. Die bei den Händlern verbleibenden Restbestände an Käse für Jugendliche werden freihändig zum Preise von 1 M. je Pfund veräußert.

Hohenhühnenhausen. Die Bürgerlichen Hohenhühnenhausens hatten durch Flugzettel alle Einwohner zu einer Versammlung in die Aula der Gemeindeföhrung eingeladen. Der Bürgerausschuss (H. Dürlov), der bis recht gut besuchte Versammlung einbrachte und das Bureau bereits konstituiert hatte, mußte bald erkennen, daß viele der Anwesenden der U. S. P. angehörten, die auf die Neuwahl des Bureau drangen und es auch durchsetzten; dem Fabrikbesitzer Delle als Vorsitzenden wurden zwei Mitglieder der U. S. P. zur Seite gestellt. Die Referenten, Rektor Hofmann (Deutsche Volkspartei), und Rechtsanwalt Dr. Cydt (Demokratische Partei) entwickelten ihr Programm, der letztere beartigt breit, daß ihm auf Beschluß der Versammlung das Wort entzogen wurde, um für die „freie“ Aussprache noch etwas Zeit zu gewinnen. Es ist bezeichnend für die Versammlung der Bürgerlichen, daß sich während der Diskussion, in der vier Mitglieder der U. S. P. das Programm der beiden Referenten prinzipiell ablehnten, niemand von den hiesigen Bürgern fand, der sich für ihr „gute Sache“ einsetzte. Als dann eine im Sinne der U. S. P. gehaltene Resolution zur Annahme gelangte, verließen die Bürgerlichen den Saal; sie räumten dem Bureau das Red. — Möchte der Verlauf dieser Versammlung, die mit vielen Neuaufnahmen für die U. S. P. schloß, eine gute Vorbedeutung für die kommende Nationalversammlung sein.

Druck der Lindenbroscherei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

NEUJAHRSWÜNSCHE
für den
INSERATENTEIL
der „Freiheit“ erbitten wir
sofort.

Strassen-Verkäufer!
Sensationelle
Flugschrift
Pakender Inhalt,
kolossaler Absatz.
Silvester-Artikel
„Glühende Zange“
Ausgabe für Strassenverkäufer
Dienstag, 31. Dezember 1918.
Carl Hansen
C. Hansenstr. 36.

10 Botenruufen
sucht: Honket, Usedomstraße 18.

Sturm. Revolutionskranz, freibellische Gedichte von John Henry MacKay. Ein Buch für unsere Tage! 274 Seiten. Eleg. kartoniert 1,65 M. Gegen Einsend. & Betrag von 1,75 M. (Freimarken v. Bernhard Koch's Verlag, Treptow b. Berlin, Kleinföhrstr. 150)

Beethoven-Saal, Köthenerstr.

Dienstag, den 31. d. Mts., nachm. 3 Uhr:
Konzert des Philharmonischen Orchesters

Eintrittskarten à 30 Pf. sind im Gewerkschaftshaus, Engeluler 15, Büro der Herberge und von 2 Uhr an, an der Kasse zu haben.